

### Redefreiheit auf Kosten der Demokratie: Zwischenwahlen in den USA

Braml, Josef

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Stellungnahme / comment

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braml, J. (2018). *Redefreiheit auf Kosten der Demokratie: Zwischenwahlen in den USA*. (DGAP-Standpunkt, 20). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59283-6>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Zwischenwahlen in den USA: Redefreiheit auf Kosten der Demokratie

von Josef Braml

*Bei den Kongresswahlen am 6. November droht der amerikanischen Demokratie ein weiterer Ausverkauf. Durch das Urteil des Obersten Gerichts, das eine Begrenzung von Wahlkampfspenden kippte, können noch mehr finanzstarke Unternehmen und Privatpersonen Einfluss nehmen und damit ihre Partikularinteressen durchsetzen. Schon jetzt konzentriert sich die wirtschaftliche und politische Macht bedrohlich im Finanzsektor und in der Öl/Gas-, Rüstungs- und IT-Branche.*

Im internationalen Demokratievergleich gehören die USA nicht mehr zu den Musterschülern.<sup>1</sup> Für den Qualitätsverlust der US-Demokratie gibt es mehrere Gründe: Einerseits wenden sich immer mehr US-Bürgerinnen und -Bürger vom politischen Geschehen ab oder begehen gegen das „Establishment“ auf, indem sie Populisten und Demagogen wie Donald Trump unterstützen. Bezeichnenderweise konnte der Milliardär Donald Trump in dieser Gemengelage das Zutrauen seiner Wähler mit der Aussage gewinnen, ihn könne keiner kaufen, weil er bereits viel Geld habe. Andererseits nutzen einige Wenige ihr vom Obersten Gericht garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung, indem sie mit üppigen Wahlkampfspenden gerade ihre Partikularinteressen wahren.

„Wir haben die beste Demokratie, die man sich für Geld kaufen kann.“ Mit dieser selbstironischen Beschreibung erwidern Amerikaner zuweilen kritische Fragen nach dem Politikbetrieb in Washington. Mittlerweile scheuen selbst wirtschaftsliberale Medien wie der Economist nicht mehr davor zurück, die USA als Geldherrschaft zu bezeichnen, in der Reiche die politische Macht ausüben.<sup>2</sup> Seit das Oberste Gericht am 21. Januar 2010 im Fall Citizens United v. Federal Election Commission gegen Spendenobergrenzen urteilte, weil diese gegen das Recht auf freie Meinungsäußerungen verstoßen würden, können nunmehr vermögende Einzelpersonen und Unternehmen über Wahlkampfkomitees, sogenannte Political

Action Committees – PACs, ihre politischen Präferenzen mit noch mehr Geld zur Geltung bringen.

Allein die Casino-Milliardäre Sheldon und Miriam Adelson haben bislang 55 Millionen Dollar ins Spiel gebracht, um die Mehrheit der Republikaner in beiden Kammern des Kongresses bei den Zwischenwahlen am 6. November zu verteidigen.<sup>3</sup> Das dürfte erst der Anfang sein. Aktuell haben die Demokraten bei der Jagd nach Spendengeldern die Nase vorn: Bei den Wahlen für das Abgeordnetenhaus führen sie derzeit mit 618 Millionen Dollar gegen die Republikaner, die bisher 470 Millionen Dollar erhalten haben. Ähnlich sieht es im Senat aus, wo ein Drittel der 100 Senatssitze zur Wiederwahl ansteht: Auch hier haben die Demokraten 368 Millionen Dollar an Spendengeld eingesammelt, die Republikaner nur 258 Millionen Dollar.<sup>4</sup>

### Demokraten sehen die Chance, Trump auszubremsen

Es ist absehbar, dass auch dieses Mal wieder der Rekord an Spendengeldern gebrochen wird. Laut Steve Bannon geht es um alles oder nichts. Dem ehemaligen Chefstrategen Trumps ist es gelungen, eine Gruppe anonymer Spen-

derinnen und Spender zu mobilisieren,<sup>5</sup> um das für sie Schlimmste zu verhindern: Sollten die Republikaner die Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und im Senat verlieren, wäre auch das Weiße Haus vorzeitig in Gefahr. Dann könnte es für Trump eng werden: Denn eine Mehrheit der Abgeordneten kann ein Impeachment-Verfahren einleiten und eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren ihn seines Amtes entheben.

Auch wenn es nicht soweit kommen sollte, würde der Präsident zumindest gebremst, etwa durch eine parlamentarische Kontrolle seiner (Außen-)Politik. Ebenso eingeschränkt wäre er bei der Besetzung von Richtern auf Lebenszeit, die Amerika weit über Trumps Amtszeit hinaus radikal verändern können.

Im „Land der Freien“ haben die Besitzenden seit jeher den Ton angegeben. Schon die vermögenden Gründerväter, die Architekten der amerikanischen Verfassung, wahrten mit der Konstruktion der US-Verfassungsstrukturen ihre Besitzstände und schlossen den Großteil der Bevölkerung – insbesondere Schwarze und Frauen – von der politischen Teilhabe aus. Die Industrialisierung gipfelte in der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht. Schon vor etwa 100 Jahren waren die USA im Griff der „Räuberbarone“. Die Macht der Trusts, der Monopole von Rockefeller, Carnegie und anderer Industriegiganten, wurde erst durch die progressive Bewegung (1890 – 1920) gebrochen. Sie wollte die Politik von Korruption säubern; wirtschaftliche Aktivitäten wurden besteuert und reguliert.

## US-Unternehmen sichern sich Privilegien

Heute wäre eine neue progressive Bewegung nötiger denn je. Denn es gibt bereits eine Konzentration an politischer und wirtschaftlicher Macht vor allem in den Bereichen der Finanzdienstleistungen, Öl/Gas-, Rüstungsindustrie und IT-Branche. Sie gefährdet Marktwettbewerb und Demokratie.

Finanzstarke Unternehmen und die von ihnen organisierten Interessengruppen können die Politik, ja die Spielregeln der politischen Auseinandersetzung, in ihrem Sinne beeinflussen, um ihre Privilegien zu bewahren. So setzen sie Steuererleichterungen oder gar Subventionen durch und weichen rechtliche Vorschriften auf, um noch mehr vom gesamtwirtschaftlichen Vermögen zu erhalten.

Die minimale Regulierung wird es amerikanischen Konzernen weiterhin ermöglichen, durch Fusionen noch größer zu werden, mit anderen Unternehmen zu koope-

rieren und auch international ihre Geschäftsfelder auszuweiten, um noch mehr wirtschaftliche und politische Macht auf sich zu vereinen. So wurde im Sommer 2015 eine Holding mit dem Namen Alphabet gegründet. Kenner der IT-Industrie vermuten, dass Google mit der neuen Konzernstruktur einer möglichen Regulierung durch die Federal Communication Commission vorbeugen will, sollte eine künftige Regierung je auf den Gedanken kommen, auch Internetinhalte wie den E-Mail-Dienst, Googles Suchfunktion oder den Kartenservice zu regulieren.<sup>6</sup>

Allein die Größe des Konzerns, insbesondere aber das Wissen um Interessen, Kaufpräferenzen und sonstige Gewohnheiten seiner Kunden, bedeutet wirtschaftliche und soziale Macht. Wie ein auktorialer, allwissender Sprecher eines Romans oder Films, der weiß, was seine Figuren bewegt, sagte Ex-Google-Chef Eric Schmidt: „Wir wissen, wo du bist. Wir wissen, wo du warst. Wir können mehr oder weniger wissen, was du gerade denkst.“<sup>7</sup> Wer die Interessen, Einstellungen und Lebensgewohnheiten von Menschen erfasst, könnte sie auch beeinflussen wollen.

Die Marktmacht des Megakonzerns – über 90 Prozent der Suchanfragen laufen in Europa über Google – hat die Monopolaufsicht der Europäischen Union (EU) auf den Plan gerufen. Unter Federführung ihrer Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager erweist die EU jetzt auch der amerikanischen Demokratie einen Dienst, indem sie gegen die auch international dominante Machtstellung des IT-Unternehmens Google vorgeht.

Louis Brandeis, der von 1916 bis 1939 als Mitglied des amerikanischen Supreme Court die progressive Bewegung unterstützte und gegen mächtige Konzerne, Monopole und Korruption kämpfte, war überzeugt davon, dass Demokratie keinen Bestand haben könne, wenn einige wenige so viel Reichtum und politische Macht auf sich vereinen.

Die meisten seiner heutigen Nachfolger am Obersten Gericht haben diesbezüglich weniger Bedenken: Mit ihren Urteilen zur Wahlkampffinanzierung eröffnen sie Politunternehmern unbegrenzt Möglichkeiten, durch Milliardenbeträge gerade ihre Positionen im Konzert der freien Meinungsäußerungen durchzusetzen.

---

**Dr. Josef Braml** ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buches „Trump's Amerika – Auf Kosten der Freiheit“.

## Anmerkungen

- 1 Siehe die Berechnungen der Demokratie- und Wahlforscherin der Harvard-Universität: Pippa Norris et al, The Electoral Integrity Project, September 2016, abrufbar unter: <https://sites.google.com/site/electoralintegrityproject4/home>.
- 2 Zum Beispiel: The politics of plutocracy, in: The Economist, 21.01.2012.
- 3 Michelle Ye Hee Lee und Anu Narayanswamy, Mega-donors Sheldon and Miriam Adelson pour \$25 million into fight to keep GOP control of Senate, in: Washington Post, 20.08.2018, <[https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2018/08/20/megadonors-sheldon-and-miriam-adelson-pour-25-million-into-fight-to-keep-gop-control-of-senate/?utm\\_term=.d1c70a7b68b5&wpisrc=nl\\_politics&wpmm=1](https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2018/08/20/megadonors-sheldon-and-miriam-adelson-pour-25-million-into-fight-to-keep-gop-control-of-senate/?utm_term=.d1c70a7b68b5&wpisrc=nl_politics&wpmm=1)>.
- 4 Stand: 22.08.2018, laut Center for Responsive Politics, <<https://www.opensecrets.org/overview/index.php?cycle=2018&display=T&type=G>>.
- 5 Griffin Connolly, Steve Bannon's bleak message for GOP: blue wave=Trump's impeachment, in: Roll Call, 20.08.2018, <<https://www.rollcall.com/news/politics/steve-bannon-warns-gop-trump-impeachment>>.
- 6 Brian Fung, How Google's Alphabet restructuring helps protect the web as we know it, in: Washington Post, 21.08.2015.
- 7 Eric Schmidt, zitiert in: Robert Maier, Von der Suchmaschine zur Weltmacht. Angst vor Google, in: faz.net, 03.04.2014, <<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/weltmacht-google-istgefahr-fuer-die-gesellschaft-12877120.html>>.

Der Text ist zuerst in der Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) am 4. September 2018 erschienen.

DGAPstandpunkt Nr. 20 / September 2018



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International](#) Lizenz.  
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International](#) License.



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik  
German Council on  
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin  
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16  
[info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) · [www.dgap.org](http://www.dgap.org)

**Herausgeber**  
Deutsche Gesellschaft für  
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 1864-3477

**Redaktion** Eva-Maria McCormack,  
Susann Kreutzmann  
**Layout/Satz** Reiner Quirin  
**Designkonzept** Carolyn Steinbeck · Gestaltung